



Die Baustellen der ABB

Der neue Konzernchef Ulrich Spiesshofer muss Probleme in den Schwellenländern lösen und sich intern beweisen. **Seite 5**

Angriff auf Hochpreisinsel

Economiesuisse führt eine Allianz gegen überhöhte Preise an und will weniger Vorschriften. **Seite 8**

Die heissesten Startups

Die Rangliste der Top Ten zeigt, warum die Schweiz die kreativsten Köpfe anzieht. **Seite 12**

Handelszeitung

19. SEPTEMBER 2013 DIE SCHWEIZER WOCHENZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT SEIT 1861 www.handelszeitung.ch

FR. 4.80
EURO 4.-

KÜNSTLICHE BEFRUCHTUNG

Glück aus dem Labor

Jedes sechste Paar kann auf natürliche Weise keine Kinder bekommen – ein lukratives Geschäft für Kliniken und die Pharmaindustrie.

SEITE 2



Selbstanzeigen in Deutschland auf Rekordstand

SCHWARZGELD Seit Jahresbeginn haben sich rund 12 000 deutsche Kunden von Schweizer Banken wegen Steuerhinterziehung angezeigt. Diese Zahl nennt Thomas Eigenthaler von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Der Boom geht auch auf den Druck hiesiger Banken zurück: Mehrere Institute verlangen seit kurzem von ihren deutschen Kunden, dass sie die Bank ab 2014 im Rahmen der EU-Zinsbesteuerung zur Meldung ihrer Daten an die Behörden ermächtigen. Weil Selbstanzeigen nur möglich sind, solange die deutschen Finanzämter nichts von der Hinterziehung wissen, drängen nun Tausende Steuersünder auf eine schnelle Anzeige.

Gemäss Insidern haben bei den grössten Schweizer Banken bereits 50 bis 70 Prozent aller deutschen Kunden das entsprechende Formular unterzeichnet. Diese Zahlen bestätigen will keines der Institute – die Stossrichtung jedoch schon. «Die Kunden haben den Trend längst erkannt», sagt Julius-Bär-Sprecher Jan Vonder Mühl. (oku/sg) **Seite 21**

HZ NR. 38

Zweiter Versuch von Swisport

Trotz negativen Erfahrungen in der Ukraine will es der Bodenabfertiger dort nochmal versuchen. **Seite 11**

Wege zum richtigen MBA

Studienreisen nach China und Ghana sind neue Trends in der Manager-Ausbildung. **Seite 41**

40000 Franken für jeden neuen Rentner

2. SÄULE Die Pensionskassen müssen jeden Neurentner mit durchschnittlich 40000 Franken subventionieren, um dessen Rente zu finanzieren. Die versprochenen Renten lassen sich aus dem angesparten Kapital nicht bezahlen. Die Lücke müssen die Berufstätigen stopfen. Wegen schwacher Kapitalerträge und steigender Lebenserwartung geht die Rechnung der Pensionskassen immer weniger auf. Im Jahr 2030 werden die Aktiven jedem Neurentner mehr als 70000 Franken zuschiesesen müssen, wie eine Studie der Universität St. Gallen zeigt. Ohne Reformen wächst die jährliche Umverteilung von Jung zu Alt von heute 1,7 auf über 4 Milliarden Franken im Jahr 2030.

Die Absicht von Bundesrat Alain Berset, ab 2020 den Umwandlungssatz auf 6 Prozent zu senken, würde die Umverteilung zwar reduzieren, aber nicht beseitigen, wie Berechnungen der «Handelszeitung» zeigen. Marktgerecht wäre ein Rentenumwandlungssatz von unter 5 Prozent, ist der Finanzmarktexperte Martin Janssen überzeugt, «alles andere ist einfach unehrlich».

Die Politiker hofften, die finanzielle Lage werde sich von selbst zum Besseren wenden. «Aber das wird sie nicht, wenn wir nicht mit einer hohen Inflationsrate konfrontiert werden, ohne dass die Renten der Teuerung «angepasst» werden. Griechenland ist überall», warnt Experte Janssen. (amu) **Seite 24**

Marc Richs Immobilien stehen zum Verkauf

Erbe Die beiden Töchter des verstorbenen Rohstoffhändlers wollen sich von seinen Privathäusern trennen. In Spanien wird seine Immobilienfirma liquidiert.

STEFAN BARMETTLER

Bewegung im Erbe von Marc Rich, der Ende Juni in einem Luzerner Spital 78-jährig verstarb: Die beiden Töchter des legendären Ölhändlers, Ilona und Daniella, sind daran, sich vom Immobilienportfolio in der Schweiz und in Spanien zu trennen. In Spanien ist man bereits zur Tat geschritten: Richs Immobilienfirma Andria hat vor wenigen Tagen am Handelsgericht 5 in Madrid ein Konkursverfahren eingeleitet. Nun sind die Gläubiger aufgerufen, sich zu melden. Anschliessend soll die Firma abgewickelt werden. Andria verfügt gemäss spanischen Medien über Aktiven in Höhe von 170 Millionen Euro und Passiven über 150 Millionen. Die Firma wurde 1999 als Immobilien-Entwicklerin mit Fokus auf Madrid, Katalonien, Andalusien und Castilla-León gegründet. Sie soll über 1100 Häuser und Wohnungen hochgezogen haben und hält Landreserven von über 2 Millionen Quadratmetern, auf denen Rich Grossprojekte realisieren wollte. Ein nachhaltiges Geschäft war es für den legendären Dealmaker nicht. Ab 2000 profitierte er zwar von Preisanstiegen, doch

das Platzen der Immobilienblase im Gefolge der Finanzkrise dürfte ihm Millionenverluste beschert haben – Buchverluste, wie er mehrmals betonte. An einen Rückzug oder Ausstieg dachte er nicht. «Wir warten die weitere Entwicklung ab und verkaufen nichts mehr, weil die Preise zu tief sind. Wir können es uns leisten, in aller Ruhe auf bessere Zeiten zu warten», sagte er 2012 im letzten Interview im Wirtschaftsmagazin «Bilanz».

Der Tycoon hatte zeitlebens ein ausgesprochen emotionales Verhältnis zu Spanien. Er leitete einst den Ableger des Rohstoffhandelshauses Philipp Brothers in Madrid, lernte dort seine erste Ehefrau Denise kennen, seine Töchter kamen in Madrid zur Welt. Zudem unterhielt er beste Kontakte zu Politikern und zum spanischen Königshaus.

Die Nachkommen Richs wollen nicht nur aus dem kommerziellen Immobiliengeschäft aussteigen. Auch seine Privathäuser stehen zum Verkauf. Dazu gehören eine Villa im Badeort Marbella an der Costa del Sol, geschätzter Wert 10 Millionen Franken, sowie seine Villa in Meggen LU, in der er die letzten Jahre verbrachte. Die

Villa Rose am Vierwaldstättersee umfasst insgesamt 10 117 Quadratmeter und weist eine Wohnfläche von 700 Quadratmetern auf. Gemäss Immobilienexperten mit Einblick ins Verkaufsdossier ist die Liegenschaft für 60 Millionen Franken auf dem Markt. 2012 stand Rich kurz vor einem Verkauf, die Verhandlungen scheiterten aber an unterschiedlichen Preisvorstellungen. Ursprünglich hatte er 100 Millionen verlangt. Auch vom Rich-Chalet am mondänen Suvrettahang bei St. Moritz wollen sich die Nachkommen trennen. Die Villa dürfte gemäss Experten einen Wert von 50 bis 60 Millionen Franken haben.

Federführend bei der Straffung des Portfolios ist Richard Kilstock, ein britischer Immobilienhändler, der mit Richs jüngster Tochter Daniella verheiratet ist. Ihre Schwester, Ilona, ist mit einem Kunsthändler aus New York liiert. Ein enger Bezug zur Schweiz oder zu Spanien fehlt den Erben. Das Vermögen des Rich-Clans wird auf 1 Milliarde Franken geschätzt. Derzeit wird das international verteilte Familiensilber inventarisiert, bewertet und da und dort arrondiert.



Viel beachtetes Motorrad-Comeback
Die traditionsreiche US-Marke Indian ist zurück. Mit einem Motor aus Burgdorf. **Seite 37**

KMU-Serie Ideale Regelung der Nachfolge

Viele Firmen zögern mit der Nachfolgeregelung. Dabei gäbe es klare Vorgehensweisen. **Seite 17**

Redaktion Föhrli-Strasse 70, 8021 Zürich, Telefon 043 444 59 00
Abonnemente Telefon 043 444 58 93 Inserate Telefon 043 444 58 44
AZA 8021 Zürich, 152. Jahrgang





Am Ufer des Zürichsees: «Ist die Umverteilung von Berufstätigen zu Rentnern gewollt oder wird die Solidarität überstrapaziert?», fragt Pensionskassenexperte Thomas Gerber.

Der wahre Rentenklau

Altersvorsorge In der Pensionskasse nimmt die versteckte Umverteilung von Jung zu Alt Jahr für Jahr zu. Die wenigsten Versicherten wissen, wie viel sie das kostet.

ARMIN MÜLLER

Durchschnittlich 776 Franken – so viel zahlte im Jahr 2012 jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter dieser Zeitung aus dem angesparten Altersguthaben an die pensionierten Kolleginnen und Kollegen. Die grosszügige Geste war allerdings niemandem bewusst. Und aufgedeckt haben es nicht die Rechercheure der «Handelszeitung», sondern die Verantwortlichen der Axa Winterthur.

Sie haben erstmals berechnet, wie viel Kapital von ihren 415 000 aktiv Versicherten in der beruflichen Vorsorge an die 67 500 Rentenbezüger umverteilt wurde. Das Resultat: Allein für die Finanzierung der Neurentner des Jahres 2012 musste die Kasse 132 Millionen Franken einschieseln, und für die Finanzierung der bestehenden Rentner nochmals 190 Millionen. Pro Pensionierten macht das total 4771 Franken.

Die grosszügige Umverteilung von Jung zu Alt ist kein Einzelfall und auch keine Besonderheit der Axa Winterthur, sondern Alltag in der Schweizer Pensionskassenlandschaft. Gemäss Berechnungen des Instituts für Versicherungswirtschaft an der Universität St. Gallen fehlen jedem Versicherten, der im laufenden Jahr in Pension geht, durchschnittlich 40 000 Franken, um die versprochene Rente zu finanzieren. Die Lücke müssen die Berufstätigen stopfen – und dieses Geld fehlt später für die Finanzierung der eigenen Rente.

Vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt

Einer der Gründe für diese Entwicklung ist die Babyboomer-Generation, die sich dem Rentenalter nähert. Zudem steigt die Lebenserwartung kontinuierlich, und die Finanzmärkte geben seit über zehn Jahren nur noch mickrige Renditen her. Das ergibt ein toxisches Gemisch für die Pensionskassen. Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) schreibt im Obligatorium einen Mindestumlagesatz von 6,8 Prozent vor, zu dem die Altersguthaben in Renten umgerechnet werden müssen (siehe Kasten). Versicherungsmathematisch korrekt wären dagegen höchstens 5,75 Prozent.

Bei einem durchschnittlichen Altersguthaben von 200 000 Franken fällt die Jahresrente damit um 2100 Franken zu hoch aus. Jeder Neurentner muss deshalb von den Berufstätigen subventioniert werden. So erhält er lebenslang im Durch-

schnitt 40 000 Franken oder 20 Prozent mehr Rente, als er selber angespart hat. Dieses Geld fehlt der aktiven Bevölkerung. «Das ist der wahre Rentenklau», sagt Jérôme Cosandey, Vorsorgespezialist bei der Denkfabrik Avenir Suisse.

Die systematische Umverteilung nimmt Jahr für Jahr zu. Gemäss Studie der Universität St. Gallen steigt der Zuschuss, den die Berufstätigen jedem Neurentner leisten müssen, bis ins Jahr 2030 auf durchschnittlich über 70 000 Franken (siehe Grafik). Wegen der steigenden Lebenserwartung, der Zunahme der Anzahl Neurentner und der durchschnittlichen Altersguthaben wächst das Umverteilungsvolumen von Jung zu Alt von heute rund 1,7 auf über 4 Milliarden im Jahr 2030.

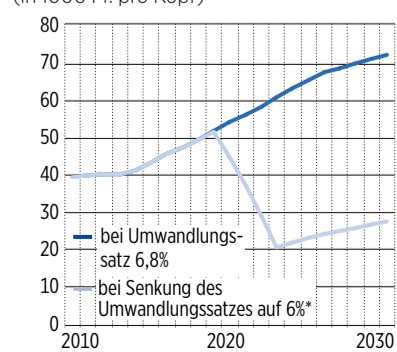
Diverse neuere Studien von Credit Suisse, dem Vorsorgespezialisten Jérôme Cosandey, dem Pensionsversicherungsexperten Martin Wechsler oder dem Bund kommen zu ähnlichen Schlüssen: Es findet eine Umverteilung im grossen Stil von Jung zu Alt statt, die vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt war.

Solidarität zwischen den Generationen ist das Grundprinzip der 1. Säule der Altersvorsorge. Im Umlageverfahren der AHV zahlen die Berufstätigen die Renten der Pensionierten. In der 2. Säule ist eine systematische Umverteilung nicht vorgesehen. Hier spart jede versicherte Person gemeinsam mit dem Arbeitgeber ihr eigenes Alterskapital an.

«Wir geben den Rentnern systematisch zu viel», sagt Martin Eling, Professor für Versicherungswirtschaft an der Universität St. Gallen und Autor der Studie. Das gehe gegen die Absicht des Gesetzgebers: «Diese Transfers sind systemfremd.»

Jung subventioniert Alt

Transfer von Aktiven zu Neurentnern (in 1000 Fr. pro Kopf)



* AB 2020 IN VIER SCHRITTEN
QUELLE: UNIVERSITÄT ST. GALLEN, EIGENE BERECHNUNGEN

Mit dieser Entwicklung hatte niemand gerechnet, als 1985 mit dem BVG das Pensionskassenobligatorium eingeführt wurde. Die Anlagerenditen übertrafen in den 1980er- und 1990er-Jahren 5 Prozent, sodass die Alterskapitalien locker mit 4 Prozent verzinst werden konnten. Doch seither schmelzen die Kapitalerträge. Die jährliche Rendite beträgt seit dem Jahr 2000 gemäss dem für viele Kassen repräsentativen BVG-25-Index von Pictet nur noch 2,9 Prozent.

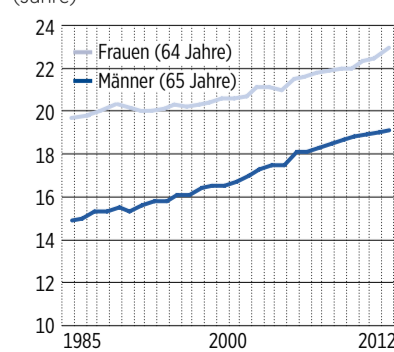
Bei Inkrafttreten des BVG 1985 ging man davon aus, dass ein Mann im Schnitt noch knapp 15 Jahre als Pensionär erleben durfte. Heute kann ein Neurentner damit rechnen, dass er seine Pension vier Jahre länger, nämlich über 19 Jahre geniessen kann. Für 64-jährige Frauen zeigt das Beispiel der Pensionskasse des Bundes. Die Lebenserwartung 1985 knapp 20 Jahre, heute schon mehr als 23 Jahre (siehe Grafik). Die Lebenserwartung steigt damit jährlich um anderthalb Monate für Frauen und fast zwei Monate für Männer. Das führt die Pensionskassen immer tiefer in die Breddouille.

Politik in der Sackgasse

Wie weit der gesetzliche Umwandlungssatz bereits von der versicherungsmathematischen Realität entfernt liegt, zeigt das Beispiel der Pensionskasse des Bundes. Die Publica senkte den Umwandlungssatz 2012 auf 6,15 Prozent und kündigte eine zweite Senkung auf 5,65 Prozent für Anfang 2015 an. Damit versucht sie den Deckungsgrad der Kasse zu stabilisie-

Wir werden immer älter

Lebenserwartung bei Pensionierung (Jahre)



«Wenn das die Zukunft der 2. Säule ist, dann hat sie keine Zukunft.»

Martin Janssen
Finanzmarktexperte

ren und die Renten langfristig zu sichern. Sie kann den Umwandlungssatz senken, weil ihre Leistungen das BVG-Obligatorium deutlich übertreffen. Pensionskassen mit BVG-Minimalleistungen oder in einer Unterdeckung bleibt dieser Ausweg versperrt.

Eine deutliche Senkung des gesetzlichen Umwandlungssatzes wäre dringlich, um die Pensionskassen aus ihrer Schieflage zu befreien. Doch seit dem deutlichen Nein des Stimmvolks zu einer Anpassung des Umwandlungssatzes in der Abstimmung vom März 2010 steckt die Politik in der Sackgasse. Die Bevölkerung scheint nach wie vor nicht bereit, eine Kürzung der Renten in Kauf zu nehmen.

Linke und Gewerkschaften widersetzen sich einer Senkung. Sie stellen sich auf den Standpunkt, die tiefen Kapitalerträge seien nur eine vorübergehende Erscheinung. Mittelfristig bleibe ein Umwandlungssatz von 6,8 Prozent realistisch. «Es ist paradox. Die Parteien, die sonst überall auf Nachhaltigkeit pochen, vergessen ihre Prinzipien in der Altersvorsorge völlig», sagt Martin Janssen, kürzlich emeritierter Professor für Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich und Gründer des Pensionskassen-Dienstleisters Ecofin.

Trotzdem kommt nun Bewegung in die Sache. Letzte Woche unterstützte der Nationalrat zwei FDP-Motionen, die Mindestzins und Umwandlungssatz nach einer Formel festlegen und diese so dem politischen Prozess entziehen wollen. Das Fürstentum Liechtenstein kopierte zwar

das schweizerische BVG, verzichtete aber von Anfang an auf die politische Festlegung des Umwandlungssatzes. So kommen die Politiker gar nicht erst in Versuchung, sich über unrealistische Rentenversprechen zu profilieren.

Einen anderen Weg sucht Sozialminister Alain Berset. Er will vor Ende Jahr das grosse Reformpaket von AHV und beruflicher Vorsorge (BVG) in die Vernehmlassung schicken. Zur Stabilisierung der 2. Säule soll dabei auch der Umwandlungssatz gesenkt werden. Dem Vernehmen nach möchte ihn Berset ab 2020 in vier Schritten auf 6 Prozent senken. Das würde die systemwidrige Umverteilung in der 2. Säule ab 2020 reduzieren, aber nicht beseitigen (siehe Grafik).

«Alles andere ist einfach unehrlich»

«Man kann sich fragen, ob das schnell und weit genug geht», sagt Martin Eling. «Ich würde beides mit Nein beantworten. Aber es geht immerhin in die richtige Richtung.» Martin Janssen genügt das bei Weitem nicht: «Wenn das die Zukunft der 2. Säule ist, dann hat sie keine Zukunft.» Marktgerecht wäre ein Umwandlungssatz von unter 5 Prozent, ist er überzeugt, «alles andere ist einfach unehrlich».

Unter den Vorsorgeexperten sind die Probleme längst bekannt. Doch in der Bevölkerung ist das Wissen über das Vorsorgesystem bescheiden, wie eine letzte Woche veröffentlichte Meinungsumfrage der Axa Winterthur zeigt. Ein Viertel der Befragten konnte nicht sagen, wie ihre Pensionskasse heisst. Weniger als die Hälfte wusste, wie der Umwandlungssatz funktioniert.

Das ist mit ein Grund, warum die Versicherung die Umverteilung von Berufstätigen zu Rentnern dieses Jahr erstmals publik machte. «Wir wollen Transparenz schaffen und die Diskussion anstossen, ob die Umverteilung von Aktiven zu Rentnern wirklich gewollt ist, oder ob sie die Solidarität überstrapaziert», begründet Thomas Gerber, Leiter Leben der Axa Winterthur. Und für diese Diskussion müsse man wissen, um wie viel Geld es gehe und wer die Kosten trage.

Martin Eling hofft auf Nachahmer: «Es wäre sinnvoll, wenn jede Pensionskasse ihren Versicherten das Ausmass der Umverteilung transparent machen würde.» Das würde helfen, die Diskussion um eine Reform der Altersvorsorge zu versachlichen.

DIE RENTE

Umwandlungssatz Die Rentenhöhe wird durch Multiplikation des Altersguthabens mit dem Umwandlungssatz berechnet. 500 000 Franken Altersguthaben ergeben bei 6,8 Prozent eine Jahresrente von 34 000 Franken. Um die Rente über die Dauer der Lebenserwartung zu finanzieren, muss das Kapital jährlich um den technischen Zins wachsen. Sind die Erträge tiefer als der technische Zins, ist die Rente ungenügend finanziert.